

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Roth. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H. Auer. Telegramm-Nr. 33. Verlag: Auergebirge. Fernsprech-Nr. 33.

Zeitungspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abheben monatlich 3.40 Mk. Bei den Postämtern frei in die Hand monatlich 3.40 Mk. (Anhang 1.40 Mk.). Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, sowie alle Postanhalt- und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Belegzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pf., auswärts 80 Pf., Restbelegzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 80 Pf., sonst 100 Pf. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 1/10 Uhr vorm. für Tagesblätter im Gebiete Auergebirge. Nicht gelistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutsch lesbar ist.

Das Neueste vom Tage.

Nach einer Bekanntgabe in der Sitzung der Vereiniger Gewerkschaften findet die Neuwahl des Reichspräsidenten in der ersten Augustwoche statt.

Der Reichsminister des Innern hat zu seinem Wahlleiter den Präsidenten des statistischen Reichsamtes Delbrück und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des statistischen Reichsamtes Geheimen Regierungsrat Dr. Tenius ernannt.

Die deutsch-lettischen Verhandlungen sollen unmittelbar vor dem Abschluß stehen und höchstwahrscheinlich zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages führen.

Behört Oberschlesien wirtschaftlich zum Ausland?

W. W. Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Dem unstreitig gehört Oberschlesien staatsrechtlich und wirtschaftlich zum Gebiete Preußens und des deutschen Reiches. Aber leider wird dieses schwer geprüfte Land in der Praxis vielfach schon als Ausland behandelt. Daß die Polenführung die Nichtzugehörigkeit des oberschlesischen Abkommungsgebietes zu Deutschland bei jeder Gelegenheit betonen, ist nicht weiter bemerkenswert. Erstaunlicher ist schon, daß die Interalliierte Abkommungskommission, besser gesagt die Franzosen mit General de Mond an der Spitze, dieselbe Ansicht vertreten und in die Praxis umsetzen. Nach dem Friedensvertrag ist die Verwaltung des Landes durch die Entente allein zu dem Zweck eingeführt, ein uneingeschränktes Abstimmungsresultat zu gewährleisten. Das Recht der Gesetzgebung und der Besteuerung ist ihr deswegen ausdrücklich verpfändet. Dennoch hat die Kommission unter Ueberbrechung ihrer Befugnisse den Abgeordneten Oberschlesiens die Ausübung ihrer Mandate untersagt und durch Verweigerung der Reiseausreiseerlaubnis unmöglich gemacht. Sie hat ferner die Einführung des Betriebsrätegesetzes zu verbieten versucht. Diese beiden Maßnahmen hatten neben anderen eine solche Erbitterung unter Arbeitern und Angestellten hervorgerufen, daß es zum Generalstreik gekommen wäre, wenn die Ententekommission nicht in letzter Stunde eingelenkt hätte.

Aber auch ein Teil der Großindustrie scheint Oberschlesien als Ausland anzusehen. Bekanntlich hat das Reichswirtschaftsministerium die von den Eisenwerken beantragte Erhöhung des Hoheisenpreises abgelehnt mit Rücksicht auf das Sinken des Schrottpreises und die Besserung der Markvaluta, die den Bezug ausländischer Erze wesentlich verbilligt. Aus denselben Gründen hat der auf Grund der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft vom 1. April 1920 gebildete Eisenwirtschaftsverband in Düsseldorf sogar die faktischen Eisenpreise herabgesetzt. Dagegen hat die Oberschlesische Stahlwerkevereinigung die Preise um nicht weniger als 1000 Mark für die Tonne erhöht, mit der Begründung, die Anordnungen des Reichswirtschaftsministeriums obgenannten Oberschlesien, das besetzte Gebiet sei nichts an das heißt also, sie wolle Deutschland nicht zu den maßgebenden Inlandspreisen belassen. Es bleibt abzuwarten, ob das genannte Ministerium den oberschlesischen Werken gegenüber die Interessen des Reiches geltend machen kann.

Leider ist das Reichswirtschaftsministerium selbst nicht frei von jeder Schuld, denn die ihr unterstellte Reichswirtschaftsstelle für Oberschlesien behandelt Oberschlesien gleichfalls anders als das übrige Reich. Sie schreibt der Näh- und Bindfadenfabrik Gruschwitz bei Rutzlina von Rohstoffen vor, nach Oberschlesien nur zu Inlandspreisen zu liefern. Die genannte Fabrik verlangt demgemäß von ihren oberschlesischen Abnehmern für Nähgarne Preise, die den Auslandspreisen unter Zugrundelegung der polnischen Valuta entsprechen. Die betroffenen Abnehmer haben sich sofort an die zuständige Handelskammer in Oppeln gewandt; mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten. Oberschlesien ist nachgerade schwer gedrückt genug, wenn es von der Ententekommission fortgesetzt als Ausland behandelt wird; wenn aber deutsche Behörden ebenso handeln, so wird das die Stimmung für Deutschland sicherlich nicht heben.

Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Auslands Kreditabkommen

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat sich über das Zustandekommen der Kreditabstände im Ausland und über ihre Wirkung in längeren Ausführungen geäußert, denen wir folgendes entnehmen: Nachdem die Bemühungen, auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages, Kredite von der Entente zu erhalten, erfolglos geblieben waren, war man, so erklärte der Minister, darauf angewiesen, sich mit den großen Exportfirmen Amerikas unmittelbar zu verständigen. Nach langer systematischer Vorarbeit gelang im November vorigen Jahres der erste Kreditabstand mit amerikanischen Bankfirmen in Höhe von 25 Millionen Dollar auf kurze Frist. Nachdem es gelungen war, das Loch im Westen zu schließen, gelang es, diese Krediten Firmen zu überzeugen, daß es zwecklos ist,

ihre Ware wohl und planlos über das besetzte Gebiet dem verschiedenen Lokalbehörden anzubieten. Dazu kam, daß einzelne dieser Firmen bereits im Herbst vorigen Jahres Geschäft gegen Reichsmark abgeschlossen hatten, die nach dem Fallen der Mark diesen großen Verluste zu bringen drohten. Da es dem Reich gelang, in der Kapp-Woche die in Amerika fällig werdenden Verbindlichkeiten von 6 Millionen Dollar durch unsere Devisenbeschaffungstelle pünktlich abzudecken, schien diesen Firmen die Abgabe von Waren gegen Kredit an die Reichsstellen nach dem günstigsten Ausweg.

Ueber den Vorschuh Kredit Hollands von 25 Millionen Gulden ist bereits das Nähere bekannt geworden. Daneben ist eine Reihe anderer Kredite, teils mit Privatfirmen, überwiegend jedoch durch die Vermittlung der neutralen Staaten, abgeschlossen worden, so die bekannten Springkredite aus Schweden und Norwegen, aber auch kleinere Kredite für Fleisch- und Fettwaren in der Schweiz und mit anderen Staaten, wie England. Weitere Verhandlungen schweben noch; ich hoffe, darüber in kurzer Zeit Mitteilungen machen können. Die Frage:

Wie werden die Kredite finanziert?

beantwortet der Reichswirtschaftsminister dahin: Die Einkäufe der Reichseinkaufsstellen werden durch die vom Reichswirtschaftsministerium im September v. J. gegründete Devisenbeschaffungstelle finanziert. Die Ausgabe der einzelnen Kredite ist sehr verschieden. So soll der holländische Kredit auf fünf Jahre laufen während die Kredite der Bankfirmen kürzer befristet sind, und einzelne Kredite mit den nordischen Staaten teils im nächsten Jahr, teils aber erst nach sechs, acht und zehn Jahren fällig werden. Die Devisenmenge die durch die Devisenbeschaffungstelle aufgebracht wird, ist sehr erheblich. Die Umsätze betragen sich vom 1. September bis zum 31. Dezember auf rund 700 Millionen Mark monatlich. Die Befürchtungen, daß die Kredite später eine bedeutende Belastung der deutschen Zahlungsbilanz bedeuten werden, vielleicht zu einer Zeit, wo die Baluta noch ungenügend steht als heute, teilt der Minister nicht. Schon die bisherige Tätigkeit der Devisenbeschaffungstelle zeigte, daß sie den an sie gestellten Anforderungen durchaus gerecht wird. Wenn keine neuen politischen Störungen kommen, die Deutschlands wirtschaftliche Lage wieder erschüttern, dürfte sich auch das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft nicht verringern. Das zeigt auch die Stetigkeit des Markturnses in der letzten Zeit.

Die für die Kredite aufzubringenden Beträge

belaufen sich nach dem heutigen Stande auf etwa 10 Milliarden Mark, von denen ein großer Teil bereits bezahlt ist. Wir haben ja nicht nur Kreditgeschäfte abgeschlossen, sondern allein für 3/4 Milliarden Mark Einkäufe gegen Verzahlung, deren Zahlungsmittel bereits sicher gestellt sind. Es ist nun zu erwarten, daß durch die Tätigkeit der Außenhandelsstellen, welche auch die Ueberleitung von Devisen von solchen Industrien, die Auslandswechsel nicht zu eigenen Einkäufen brauchen, auf den Rohstoff- und Lebensmittelbedarf vornehmen, noch größere Devisenmengen als bisher einkommen werden, die eine Ausdehnung der Einkaufstätigkeit erleichtern werden. In der Devisenbeschaffungstelle haben wir bereits den Anlauf zu der von allen Seiten geforderten Zentralisierung des Devisenverkehrs.

Daß die Einkaufstätigkeit des Reiches sich jetzt lebhafter entfalten werde, wollte der Minister nicht unbedingt behaupten. Selbstverständlich rechnen wir damit, die Lebensmittel- und Rohstoffbeschaffung sobald als möglich in größtmöglicher Weise aufzunehmen, doch kann uns in diesem Streben

Der Friedensvertrag steht im Weg kommen.

Vor allem aber muß auch weiter die Politik verfolgt werden, daß wir nicht die deutsche Wirtschaft durch überhöhten teuren Einkauf zu stark belasten. Die Zurückhaltung des Reiches bei den Lebensmitteleinkäufen hat es möglich gemacht, daß wir die wichtigsten Waren 20 bis 40 Proz. billiger einkaufen konnten, als es bei der Preisstufe im Ausland während der letzten Monate im vergangenen Jahr und im Januar dieses Jahres der Fall gewesen wäre. Die Notlage der deutschen Volkswirtschaft macht es zur gebieterischen Pflicht, daß wir sie nicht auf Jahre hinaus mit Schulden belasten. Wir müssen auch ferner vorsam sein und jeden unnützen oder zu teuren Einkauf vermeiden.

Zur Tat, du deutsche Jugend!

Von Parteisekretär Alfred Mähling, Aue.

Eine neue Zeit, heraufgedämmert durch die Wirren des schlimmsten Kriegsjahres, geboren im Frührotstehin einer freien deutschen Zukunft, hat auch für dich, du deutsche Jugend, helles Leuchten gebracht, hat dir mannbar gemacht in deiner werdenden Reife, hat dir zukunftsfreudig Tatendrang in die Seele geschüttet. Sie ist dein, die Zukunft, du deutsche Jugend! Sie erwartet von dir Erfüllung deiner Aufgaben. Sie erwartet von dir die Tat der Besserung der Not und Kümmernisse. Sie erwartet von dir, du Jugend, deutsches Handeln für dein Vaterland und deines Volkes Kinder und Kindeskinde. Sie fordert von dir einer besseren Zukunft sonniges Aufwärtsschreiten deines deutschen Volkes, deiner Brüder und Schwestern. An die Front, ihr

jungen Männer! Schließt die Reihen, junge Frauen! An die Front für ein deutsches Staatsbürgertum geleiteter Sittlichkeit und politischer Moral! Auf die Schanze für echtes Deutschtum und ersten Wiederbau Deines Landes, Deines Volkes Wirtschaft! In den Kampf für eine neue Ethik, für einen deutschen Willen, zu immer hilfbarer freudiger Tat für dein Volk, fern von Klaffengeist, fern von konfessionellem Haber! Es geht um Erntes!

Mit deinem zwanzigsten Lebensjahre bestiebst du, deutsche Jugend, das hohe staatsbürgerliche Recht der Teilnahme an der Wahl der parlamentarischen Vertretung deines Volkes. Reize dich würdig dieses Rechtes. Nimm teil am deutschen Staatsbürgertum. Nimm teil an der politischen Bewegung deines Volkes. Schule dich für politische und wirtschaftspolitische Aufgaben der Zukunft. Laß dich nicht schieben, laß dich nicht irreleiten. Handele selbst! Führe du mit! Verne bezeiteten ein selbständiges Urteil bilden. Werde, wie du ein Deutscher bist, ein Politiker des geraden Weges, der festen Grundsätze, der glaubenstarken Ueberzeugung. Werde ein Mann der offenen, ehrlichen Kampftart im politischen Parteigerieche. Mache keine Winkelzüge. Setze dir ein Ziel, das deinem Volke dient, deines Volkes Zukunft fördert. Betrachte das Ganze. Zerstückere dich nicht. Glätte die Kanten der Meinungsverschiedenheiten, meide Extreme, suche die Mitte. Deine ganze Kraft der Volksgesamttheit liegt auf die Zukunft dieser Nation vor, deinem jungen Wagen — zerreiße den grauen Schleier und stelle dich zur Wehr mit klammern dem Wort und derblutigen Willen, mit erster Tat friedlichen, freudigen Schaffens, mit dem besten Willen deines jungen Geistes.

Nie gehörtest du so als wichtiges Glied in die politische Partei als heute. Nie kam es auf deine Stimme so an wie heute. Darum hinein in die Parteiorganisation. Dein ganzes Wesen, du deutsche Jugend, ist ein Spiel der Kräfte in freiem Schaffen. Ist goldene Freiheit. Deine ganze Art, du deutsche Jugend, ist Liebe zur Landschaft, zum Stamm, zum Vaterland. Dein ganzes Innere, du deutsche Jugend, ist drängend vorwärts kämpfend, ist Aufsehen für ein Ganzes, ist ausgehend durch das Ganze, ist rein demokratisch. Frei willst du sein im Vaterland und frei soll sein dein Vaterland. Als Einzelner willst du wirken für das Ganze. Das Ganze willst du haben als wahre Demokratie. Das Eigentümliche deiner Drängernatur ist Mittellen und Ausgleichen, ist Sozialpädagogisch, ist deutsch und in diesem Deutschtum hingerichtet auf eine im deutschen Boden und deutschen Staatsbewußtsein wurzelnde echte nationale Demokratie. Sei tätiger Mitstreiter für dieses Ziel. Sei nicht nur beschauflicher Beobachter, nicht nur Träumer deiner Zeit. Begreife den Ernst der Gegenwart und schaffe der Zukunft ein Tatgeschehen. Beglühne heute — nicht erst morgen. Hinein in die Deutsche Demokratische Partei, die Jensehtheit und tatenfroh schafft, die aufbauend und ausgleichend, die für Freiheit und Gerechtigkeit die Waffen führt, die dem Gansen dient. Hinein in die Deutsche Demokratische Partei, du deutsche Jugend. Ihre Ideale sind die deinen. Du wurdest in ihnen mit deinem ganzen Sein.

Kleine politische Meldungen.

Deutschland fordert die Räumung des Rainganes. Eine Note der deutschen Regierung an die Entente ist in Paris überreicht worden. Sie ersucht, nachdem die neutrale Zone von den Deutschen geräumt ist, um unverzügliche Räumung Frankreichs und der besetzten Städte Hanau und Darmstadt.

Erste Reichstags Sitzung: 22. Juni. Der neugewählte Reichstag soll am 22. Juni zusammentreten und etwa bis Mitte Juli tagen, um den Etat, die noch zu erledigenden Steuerentwürfe und einige andere ihm vorzuliegende wichtigere Gesetze zu erledigen. Die Nationalversammlung wird am 19. und 20. Mai noch zusammentreten, um einige wirtschaftspolitische Anordnungen und das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu beraten.

Generalstreik in Berlin abgelehnt. Die Berliner Gewerkschaften haben gestern beschlossen, die Ablehnung der Arbeitsgeber, den 1. Mai zu bezahlen, nicht mit dem Streik zu beantworten, wie dieses von dem roten Volkzugsrat und den revolutionären Betriebsräten gefordert worden war.

Erzberger und das Zentrum. Entgegen einer in die Presse gegangenen Nachricht, daß Erzberger nicht aus dem Reichstagszentrum ausgeschlossen sei, wird aus München berichtet, daß Erzberger doch tatsächlich ausgeschlossen worden ist. Der Beschluß wurde vom Reichsausschuß der Zentrumspartei mit 47 gegen 11 Stimmen gefaßt.

Englische Bankiers in Deutschland. Nach englischen Blättern begab sich eine Abordnung englischer Bankiers nach Deutschland, um sich über die Geschäftslage zu unterrichten. Die englischen Bankiers würden auch den Plan der Ausgabe internationaler Bonds unter dem Schutze des Völkerbundes prägen, durch die man den Kredit Europas wieder heben wolle. Man spreche von einem Betrag von 4 Millionen Pfund Sterling.

Amerika und der Friede mit Deutschland. Neben dem Repräsentantenhaus hat am Freitag auch die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten einen Gegenentwurf über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland eingebracht, der von den republikanischen Mitgliedern gegen die Stimmen der Demo-

che
17. Woche
Tageszeitung
Auergebirge
387.
H. B. S.

B. S.

1. 183.

66

1. 183.

1. 183.

1. 183.

1. 183.

1. 183.

1. 183.